Nr. 5. Wien, Mai 1903. 15. Jahrgang.

Monatschrift

der

„Oesterreichisch-Israelitischen Union".

INHALT:

Redaktion und Administration: Wien, I/1, Dorotheergasse 12.
Telephon Nr. 1855.

Herausgeber: »Oesterreichisch-Israelitische Union«. — Verantwortlicher Redacteur: Siegfried Fleischer. — Druck von L. Beck & Sohn, Wien.

Monatschrift

der

Oesterreichisch-Israelitischen Union.

Nr. 5. Wien, Mitte Mai 1903 15. Jahrgang.

Kischenew 1903.

„Zerrissene Säuglinge, Kinder, die in die oberen Stockwerke geschleppt und von dort auf die Strassen geworfen wurden, Wöchnerinnen mit abgeschnittenen Brüsten und herausgerissenen Gedärmen, erdrosselte Mädchen, coram publico geschändete Frauen, Männer mit herausgeschnittenen Augen und herausgerissener Zunge, Leichname, auf denen die Mörder tanzen und Fahnen schwingen, die sie mit dem Blute der gemordeten Opfer gefärbt haben.“

Ohne Zweifel denkt der Leser, dass die Schreckensbilder des bethlehemitischen Kindesmordes gemeint seien, oder dass es sich um Greueltaten handle, die im finstern Mittelalter sich abgespielt haben. Weit gefehlt! Vor wenigen Tagen, inmitten einer Stadt von 150.000 Einwohnern, die von Czernowitz nicht weiter entfernt ist wie Lemberg, mit 400 Polizisten und mehreren tausend Soldaten Besatzung, hat sich dies zugetragen und nicht mehr wie 200, sage zweihundert fromme orthodoxe Christen, in Gruppen von 8—10 Mann verteilt, konnten diese Scheusslichkeiten in wenigen Stunden und unter den Augen der Behörden, ja mit deren Mithilfe, — selbstverständlich nur an Juden — begehen. Geradezu harmlos waren dagegen —, so lauten die Berichte eines Augenzeugen — jene Judenexzesse im Jahre 1882 in Südrussland, die der jetzigen Generation als die grauenvollsten in Erinnerung geblieben sind.

Hätte es sich um einen plötzlich entstandenen Aufruhr gehandelt, dessen Behörden und Militär nicht Herr werden konnten, wie dies in Galizien im Jahre 1846 der Fall war, so könnte man es zur Not noch begreifen, da man bei einer Bevölkerung, deren geistiges und sittliches Niveau wir kennen, mit solchen Ausbrüchen rechnen muss. Hier führten aber planmässige, nach westeuropäischem Muster aus dem sicheren Versteck einer Zeitungsredaktion lancierte und tolerierte Hetzartikel mit der üblichen, vorausgegangenen Ritualmord-Erfindung zu jenen Greueltaten, an denen Soldaten, Polizisten und Staatsbeamte, Geistliche, Studenten, Notare teilnahmen und wo Frauen und Kinder tatsächlich mitgemordet haben.

Als es sich um die Metzeleien der chinesischen Boxer handelte, die teilweise durch die nicht einwandfreie Einmischung christlicher Missionäre hervorgerufen wurden und die den

Kischenewer Greueltaten gegenüber reines Kinderspiel waren, setzte man ganz Europa in Aufruhr und ein Rachefeldzug war die Folge. Und wenn es sich um 2 oder 3 bedauerlicher Weise zum Opfer gefallene Europäer in Salonichi handelt, dann werden in allen sensationslüsternen Redaktionen der Welt Brandartikel geschrieben, um gewöhnliche Strassenexzesse zu diplomatischen Aktionen aufzubauschen, dann spricht man von „bulgarian atrocities!“ Wenn aber nahe unserer Reichsgrenze unter Mitwirkung der Behörden und Gebildeten Greueltaten vorkommen, wie wir sie seit Menschengedenken nicht erlebt haben, wenn sich ein Komitee mit Genehmigung des Gouverneurs etablieren konnte, das für die Familien der verhafteten Mordbrenner sammelt und an dessen Spitze der christliche Bischof und die Gefängnis-Direktoren als Spender sich befinden, dann sollte man sich doch fragen, ob solche Zustände in einem Nachbarreich nicht auch die eminenteste Gefahr für unsere Monarchie bilden.

Aber, was immer auch geschehen möge, wir wissen nur zu gut, dass noch niemals im Namen der Menschlichkeit — besonders wenn es sich um Juden handelt -— sondern nur im Namen der Macht nach dem Kotau eines Sühneprinzen begehrt worden ist, wir wissen, dass man vielmehr dem russischen Alleinherscher den Kotau machen wird, wenn er wieder einmal das zivilisierte Europa bereisen sollte. Bezeichnend dafür ist, dass das Organ unseres auswärtigen Amtes, das „Fremdenblatt“, welches grosse Courage an den Tag legt, wenn es sich um kleine bulgarische Räuberbanden handelt, einen grossen Bericht über die „Schreckensnacht in Salonichi“ bringt, woselbst der kommandierende Pascha „in einem unbewachten Hause amtirt“, aber bis heute in Reverenz vor dem russischen Botschafter — kein Sterbenswort über jene grauenhaften Mordtaten vernehmen lässt, die an hunderten von russischen Juden begangen wurden.

Die Wiener antisemitische Presse, die hier das Geschäft des „Bessarabetz“ betreibt, hat selbstredend auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne das Aeusserste an Erbärmlichkeit zu leisten. Den Tatsachen gegenüber, die sich nicht aus der Welt schaffen lassen, hilft sie sich, indem sie sie verschweigt, beschönigt oder entstellt. Die Krone aber hat diesmal jenes Blatt aufgesetzt, das den traurigen Mut hat, sich als Witzblatt zu gerieren, und das, den Aufruf der Israelitischen Allianz zu Gunsten der jüdischen Opfer verspottend, behauptet, dass die Juden damit das Augenmerk von den Vorgängen in Mazedonien tendenziös ablenken wollen!

Ob die Sammlungen zu Gunsten der russischen Opfer ein Ergebnis wie im Jahre 1882 liefern werden, wir wissen es nicht. Wichtiger aber als Alles dünkt uns, dass man die bedauernswerten Opfer russischer Ghetti belehren möge, dass sie sich endlich einmal zur Abwehr organisieren müssen, wenn nicht in kürzester

Zeit wiederum ähnliche Metzeleien stattfinden sollen. Dazu braucht man keine offiziellen Vereinigungen zum Zweck der Verteidigung, deren Bildung ein nach den Exzessen veröffentlichter Regierungs - Erlass bezeichnender Weise verbietet. Niemand kann es verstehen, dass eine bürgerliche jüdische Bevölkerung von 70.000 Juden, die man keineswegs mit verhungerten galizischen Proletariern verwechseln darf, und die mehr wie die Hälfte der Gesammtbevölkerung Kischenews ausmacht, sich nicht anders gewehrt hat und dem Terrorismus einer Bande von 200 Menschen ohnmächtig ausgeliefert gewesen sein soll. Umso unfassbarer ist dies, wenn man bedenkt, dass der allergrösste Teil der männlichen jüdischen Bevölkerung bei Militär gedient hat, denn als Soldaten geniessen die Juden bekanntlich in erhöhtem Masse die Ehre, als Russen betrachtet zu werden, müssen sie doch für die Auswanderer ein perzentuell grösseres Kontingent stellen.

„Mit einem Schlage, wie durch ein Wunder, wurde es still, als die feigen Mordbrenner der ersten Kompagnie Soldaten mit 100 Feuergewehren ansichtig wurden“, heisst es in einem Berichte, und wahrlich, wenn alle wehrhaften Juden ähnlich wie die Buren, mit einem Gewehr oder Revolver sammt den nötigen Patronen ausgerüstet gewesen wären, dann hätte wohl keiner von den 200 Mordgesellen lebend das Ghetto verlassen.

Wer nichts Aergeres zu riskieren hat, als mit Weib und Kind in Stücke gerissen zu werden, der muss pflichtgemäss zu jeder Notwehr greifen, mag diese auch von den russischen Strafgerichten bei Juden anders gedeutet werden wie bei Christen. Auch die Buren wussten, dass sie früher oder später der englischen Riesenmacht erliegen würden, sie haben sich aber heldenhaft gewehrt, und nur dieses heldenmütige Wehren hat ihnen einen Ehrenplatz in der Völkergeschichte gesichert. Aber nicht erst an den Buren, an den eigenen Ahnen, an den Makkabäern, können sich die Juden ein Beispiel nehmen.

Und wenn einmal die ersten Flintenschüsse aus den russischen Ghetti krachen werden, dann werden auch die russischen Behörden sicherlich ihre Pflicht tun, sei es auch nur, um die Christen zu beschützen.

Nachstehend lassen wir einige Berichte aus den Tageszeitungen folgen:

Der „Neuen Freien Presse“ wird aus Bukarest, 3. Mai, geschrieben: Flüchtlinge aus Kischenew erzählen furchtbare Details über die zu Ostern gegen die Juden verübten Greueltaten. Schon seit längerer Zeit wurde von Agitatoren, auch von geistlichen, gegen die Juden gehetzt; das antisemitische Blatt „Bessarabetz“ variirte das Thema des Ritualmordes in allen Tonarten. Die Judenhetzen waren planmässig entworfen und organisiert. Auf ein gegebenes Zeichen brachen die Banden, aus je 50 bis 60 Arbeitern bestehend, hervor und begannen in verschiedenen Richtungen ihr Werk der Verwüstung. Dem sahen die Polizeiorgane nicht nur ruhig und mit verschränkten Armen zu, sie verhinderten auch manche Juden, ihr Hab und Gut zu verteidigen. Man konstatierte, dass Sicherheitsleute über ihren Uniformen

Zivilkleider trugen und die Banden anführten. Mehr noch, die Behörden der Nachbargemeinden machten den Bewohnern bekannt, mit ihren Wagen nach Kischenew zu fahren, wo sie von den Juden Alles nehmen können, was sie nur wünschen, da der Czar es zugebe, nur dürfen sie die Stadt nicht in Brand stecken, weil darunter auch Christen leiden könnten. Dass bei dem furchtbaren Treiben keinem Christen ein Haar gekrümmt wurde, erklärt sich aus dem Umstande, dass der „Bessarabetz" dem Volke wochenlang einschärfte, während der Ostertage in die Fenster Heiligenbilder, Oellämpchen und Osterkuchen als Erkennungszeichen zu geben. Manche Judenhäuser, in denen zur Rettung dasselbe geschah, wurden mit doppelter Wut zerstört. Nachdem dieser erste Akt des Vandalismus zu Ende war, rückten frische Banden vor, und nun begann das Rauben und Morden. Mit Aexten, Todschlägern und Messern bewaffnet, richteten die Kannibalen Blutbäder an. Kranke, Greise, Kinder und Wöchnerinnen wurden nicht verschont, und die Henker, aus denen alle Menschlichkeit entwichen war, warfen ihre Opfer aus dreistöckigen Häusern auf die Strasse. Man fand in Stücke gehauene Leichen auf, andere mit aufgeschlitzten Bäuchen und zertrümmerten Schädeln.

Diese Greueltaten trugen sich in den Mitternachtsstunden vom Ostermontag zu, während auf den Strassen Finsternis herrschte. Eine furchtbare Panik bemächtigte sich der 70.000 jüdischen Einwohner, die ihre Glaubensgenossen unschuldiger Weise hinschlachten sahen, ohne ihnen helfen zu können. In der Gubernskystrasse griffen die Horden ein Kaffeehaus an, in das sich gegen 200 Juden geflüchtet hatten. Diese setzten sich gegen die Verfolger zur Wehre und schlugen sie in die Flucht. Hier war der Anführer ein Geistlicher, der den Zurückweichenden immer zurief: „Dalsche stupaite!" (Vorwärts gehen!) Der Geistliche soll schwer verwundet worden sein. In der grossen Synagoge, wo Juden mit ihrem Rabbiner um ihre Rettung beteten, zertrümmerten die Exzedenten alles und forderten den Rabbi auf, die zehn Gebote mit den Füssen zu treten; als er dies trotz aller Misshandlungen verweigerte, knüpften sie ihn am Haken eines Kandelabers auf und zündeten ihn an. Diese und ähnliche Grausamkeiten begiengen die Banden in grosser Zahl. Erst als der Dienstagmorgen anbrach, konnte man einen Ueberblick über die Verwüstungen gewinnen. Man sah zerstörte Häuser, Möbel, Waren aller Art auf den Strassen. Schwerverwundete, jammernde Frauen und Kinder verliessen ihre Verstecke und schleppten sich durch die Strassen, um Hilfe flehend. Die Leichenbergungsarbeiten waren von den erschütterndsten Scenen begleitet, kein Auge der nach Tausenden zählenden Zuschauer blieb dabei trocken. Täglich sind neue Sterbefälle unter den Verwundeten zu verzeichnen. In Kischenew trafen der Oberkommandant der russischen Polizei aus Petersburg und der Odessaer Generalprokureur ein und leiteten sofort die Untersuchung ein. Colonel Baron, von Soldaten und Juden begleitet, durchstreifte alle Stadtviertel, um die Urheber und Beteiligten ausfindig zu machen und zu verhaften.

Die am Dienstag Morgens unmittelbar nach der Proklamierung des Belagerungszustandes eingeleitete Hilfsaktion ergab in wenigen Stunden die Summe von 100.000 Rubeln. Graf Leo Tolstoi soll zur Hilfsaktion 15.000 Rubel beigetragen haben.

Kischenew, die Hauptstadt Bessarabiens, bildet den Mittelpunkt des Handels dieses fruchtbaren Landstriches, der als Kornkammer Russlands gilt. Es zählt 150.000 Einwohner, wovon die Hälfte Juden sind, in deren Händen Handel und Gewerbe, sowie auch das bedeutende Getreide-Exportgeschäft ruhen. Nun haben wilde Horden den blühenden Wohlstand dieser Stadt zerstört und Elend und Trauer geschaffen.

* * *

Der „Frankfurter Zeitung" entnehmen wir: Gleich am ersten Tage der Osterfeier (Sonntag den 6./9. April) begannen Gassenjungen unter der Anleitung von einigen Erwachsenen die Fenster in den jüdischen Häusern einzu-

schlagen. Die dabei anwesenden Polizisten versuchten spassweise die Jungen zu verhaften, liessen sie aber wieder frei auf Fürsprache der erwachsenen Führer. Hätte die Polizei in diesem Momente etwas Energie gezeigt, so wären damit die Unruhen zu Ende gewesen. So aber wurde die Bande der Ruhestörer durch diese für russische Polizisten ungewöhnliche Gutmütigkeit ermuntert und setzte ihr Geschäft, d. i. das Scheibeneinschlagen, weiter fort. Es war ein Versuch, der gelang. Die Gruppe der Jungen wurde nun immer grösser; auch die Anzahl der Erwachsenen vermehrte sich stetig. Als der Haufen ungefähr 300 Personen zählte, unter denen sich nicht nur Maurer, sondern auch Kaufleute, Handwerker und sogar Staatsbeamte in Uniform befanden, begann der eigentliche Höllenspektakel. Man fing an, die jüdischen Häuser und Läden zu stürmen. Möbel wurden zerschlagen, Bettzeug zerschnitten und die Federn in die Strassen geschleudert, leicht tragbare und irgendwie wertvolle Gegenstände wurden einfach geraubt. Dasselbe geschah mit den jüdischen Läden, nur mit dem Unterschiede, dass die Waren, die nicht leicht gestohlen werden konnten, mit Petroleum begossen und verbrannt wurden. Um die geschlossenen Türen zu öffnen, bediente man sich eiserner Stäbe und Aexte. Irrigerweise wurden auch zwei oder drei von Christen bewohnte Häuser zertrümmert. Die offizielle Mitteilung der russischen Regierung, man hätte in Kischenew ohne Unterschied Juden und Christen geplündert, ist, gelinde gesagt, eine Unwahrheit. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre die Polizei und das ganze Militär sofort eingeschritten, was eben nicht geschehen ist. Man vergesse nicht, dass in Russland sogar jede Menschenansammlung in den Strassen ohne vorherige Erlaubnis streng verboten ist. Man plünderte eben die Juden unter den wohlwollenden Blicken aller Lokalbehörden.

Mit einer besonderen Wucht stürmten die Räuber gegen die Synagogen. Zuerst wurden die Synagogenwärter ermordet, dann wurden die heiligen Rollen aus der Lade geholt, mit Füssen getreten, zerfetzt und mit jüdischem Blute begossen. Einige Räubergruppen zeichneten sich besonders durch ihre Wut aus. Sie hieben den Juden die Köpfe ab, tauchten dann Handtücher in das strömende Blut, und die auf diese Weise rotgetünchten Fetzen wurden als Fahnen verwendet; andere wieder tanzten auf den Leichen, nachdem sie sich mit dem gestohlenen Wein betrunken gemacht hatten; noch andere schlitzten den Juden die Bäuche auf, nahmen die Eingeweide heraus und ersetzten dieselben durch Federn aus den geraubten Kissen.

Am Montag Früh begaben sich einige Juden zum Gouverneur, um ihn um Schutz anzuflehen. Dieser antwortete ganz kaltblütig, er könne nichts tun, weil er noch keine Befehle von Petersburg erhalten habe. Durch diese fast unglaubliche, aber authentische Antwort ermuntert, setzte der Pöbel seine Schandtaten fort. In einer Strasse wollte ein Christ, ein wahrer Christ, ein Herr Nasarow, einen alten Juden aus den Griffen der vertierten Räuber herausziehen. Da bekam er einen wuchtigen Hieb auf den Kopf und wäre totgeschlagen worden, wenn er nicht ausgerufen hätte: „Ich bin ein Christ!“ Auf diese Weise wurden auch tatsächlich vom christlichen Pöbel zwei Christen ermordet. Derselbe Herr Nasarow bestätigt in einem Schreiben an die Petersburger „Nowosti“ vom 15./28. April folgende Tatsachen: „Die Räuber waren nicht mehr als 200 Personen, die sich in kleine Gruppen von 8—10 Personen verteilten, die dann ruhig plünderten, mordeten, die Frauen entehrten und zwar öffentlich, coram publico.“ So dauerte es bis 6 Uhr Nachmittags. Denn unmittelbar vorher bekam der Gouverneur strenge Anweisungen von der Zentralregierung und man liess der Bevölkerung kundgeben, dass jetzt die Unruhen mit Gewalt unterdrückt werden sollten. Mit einem Schlage wie durch ein Wunder, wurde es still.

Das Ergebnis der Untaten ist folgendes: Fünfzig Tote (mit den bis heute an den schweren Verwundungen verstorbenen), 68 Schwerverwundete, von denen mehr als die Hälfte unrettbar verloren ist, mehr als 200 Verwundete, die eine lebenslängliche Entstellung bewahren werden; mehrere Dutzende

Witwen, mehr als hundert Waisen; tausende von Familien obdach- und mittellos, aller Existenzmittel beraubt. Der materielle Schaden übersteigt die Summe von 8 Millionen Mark. Nun kommt die Frage: wie sind solche Missetaten, die nicht einmal von chinesischen Boxern jemals begangen wurden, in einem sozusagen zivilisierten Staat möglich gewesen? Wer trägt daran die Schuld? Dass die Judenverfolgung in Kischenew überhaupt möglich war, ist durch die allgemeine Lage der Juden in Russland, durch ihre Recht- und Schutzlosigkeit zu erklären. Die christliche Bevölkerung glaubt sich alles gegenüber dem Juden erlauben zu dürfen. Also die indirekte Schuld an dem Kischenewer Massakre trägt wohl die Zentralregierung, das ganze russische System, das die Rechtlosigkeit des Juden zum Staatsprinzip erhoben hat. Dass aber die Kischenewer Unruhen solche sogar für Russland zu grelle Formen angenommen haben, ist nur durch die absolute Indifferenz der lokalen Regierungsorgane zu erklären. Man muss folgende Tatsachen nicht vergessen: die Zahl der tätigen Elemente der Räuberbande überstieg nicht 300; dagegen giebt es in Kischenew fast soviel Polizisten, eine ganze Masse Geheimagenten und mehrere tausend Mann Soldaten. Nicht ein einzigesmal erschienen die Vertreter der Behörden, um die wilden Gesellen zu beruhigen; kein einziger Versuch wurde gemacht, die Juden zu beschützen. Ja, wir müssen noch eine Tat der Polizei erwähnen: Sie befahl den Juden in den noch nicht heimgesuchten Strassen ruhig zu Hause zu bleiben, d. h. sie verhinderte die jüdische Bevölkerung, sich zusammenzutun, um irgend welche Verteidigungsmassregeln zu treffen. Dass man andererseits die Barbaren leicht bezähmen konnte, erhellt aus der Tatsache, dass es gar keiner Gewalt bedurfte, um die Ruhe wiederherzustellen. Tatsächlich wurde geplündert und gemordet in Gegenwart der schmunzelnden Polizei und Armee. Noch ein Wort über das Verhalten der Regierung nach den Krawallen. Sie verhaftet massenhaft die Ruhestörer — ihr ist eben die blosse Tatsache der Ruhestörung wichtig, — dagegen ist sie den unglücklichen Opfern der Krawalle in keiner Weise zu Hilfe gekommen. Den im vorigen Jahre von den Bauern ausgeplünderten Gutsbesitzern bezahlte sie mehrfach den angerichteten Schaden, die beraubten Juden dagegen überlässt sie der privaten Wohltätigkeit. Und nun die hohnsprechende Kundmachung des Kischenewer Polizeimeisters: „Wer die bei den Juden geraubten Sachen und Waren freiwillig während der nächsten zwei Tage zurückerstattet, der wird nicht bestraft werden!“ Braucht man noch eine bessere Illustration der Schutzlosigkeit der jüdischen Bevölkerung in Russland?

* * *

Der „Arbeiter-Zeitung“ wird aus Russland geschrieben:

Die Vorgänge in Kischenew werden von Augenzeugen in folgender Weise geschildert:

In der Stadt geht es schrecklich her, heisst es in einem Brief vom 20. April, 11 Uhr Nachts. Die Nacht von Sonntag auf Montag war eine Bartholomäusnacht. In einem Krankenhause sind heute allein zehn Tote und etwa achtzig Schwerverwundete untergebracht.

Am nächsten Tage schreibt ein anderer: Viele aus der jüdischen Bevölkerung sind ohne Obdach geblieben. Die Strassen sind mit Daunen bedeckt. Alle Magazine sind ausgeräubert. Die Krankenhäuser füllen sich mit Toten und Verwundeten. Es ist kein Platz, alle liegen auf dem Fussboden; in den Apotheken gehen die Verbandsmaterialien aus. Es ist bereits der dritte Tag, da in der Stadt alles geschlossen ist; schon den dritten Tag kann man weder Brot noch Fleisch erhalten. Interessant sind folgende Tatsachen: Massakrirt wurde unter der Bedeckung der Polizei und des Militärs. Der Gouverneur verliess in den zwei ersten Tagen nicht seine Wohnung. Er hatte ausserdem dem Telegraphenamt verboten, private Telegramme nach Petersburg zu befördern. Die Soldaten bauten in den Strassen Barrikaden und gestatteten nicht, den Ueberfallenen zu Hilfe zu kommen. Die Telephonleitung zu dem Gouverneur war unterbrochen, so dass alle Bitten um Hilfe umsonst waren. Die Räuber

haben keine Strasse und kein Haus gemieden. Die Stadt zeigt ein Bild der Zerstörung. Viele Leichen sind nicht zu erkennen. Alle Tatsachen weisen darauf hin, dass das Massakre organisiert worden ist, wobei nicht geringe Teilnahme das Antisemitenblatt „Bessarabetz“ genommen hat.

Am selben Tag schreibt ein anderer: Es ist etwas noch nicht Dagewesenes. Die Stadt ist zerstört. Bis heute haben die Behörden die Räuber ermuntert. Die Soldaten haben ebenfalls geräubert. Die Magazine sind vollständig leer. Viele Tote liegen umher, unbegraben. Etwa 200 Verwundete liegen in den Krankenhäusern. Es ist bereits der vierte Tag, da sich niemand auskleidet und sich schlafen legt. Wer diese Schrecken nicht gesehen hat, der kann sich nicht vorstellen, wie es hier jetzt hergeht. Die Polizei und das Militär bilden Kreise, in deren Zentrum gemordet und geräubert wurde und die Polizei zeigte den Mordenden, wo Juden wohnen. Glaubt nicht, dass ich überspannte Geschichten erzähle, ich kann nicht den tausendsten Teil davon wiedergeben, was hier geschieht. Diesen Augenblick haben sich in unserem Hof die Männer aus unserer Strasse versammelt und wir warten, bis an uns die Reihe kommt . . .

In einem weiteren Brief heisst es: Sonntag, Montag und Dienstag konnte man in den jüdischen Stadtteilen bis an die Knie in Daunen spazieren gehen. Alle Gegenstände wurden vernichtet. Das Blut floss in Strömen. Es sind mehr als hundert Tote, verwundet sind etwa vierhundert Personen, Viele sind wahnsinnig geworden. Unter den Mordenden befanden sich selbst Kinder und Frauen. Die Unglücklichen versuchten sich in den Kellern zu verstecken, andere auf dem Dach; man warf sie herunter. Und alles dies geschieht unter den Augen der Polizei und des Militärs.

Man schonte weder Frauen noch Kinder, heisst es in dem Bericht eines anderen Augenzeugen. Ich kann nicht verstehen, warum die Behörden keine Massregeln zur Unterdrückung der Metzelei unternommen haben. Der Gouverneur habe nur am dritten Tag vom Zar die Erlaubnis erhalten, über die Stadt den Belagerungszustand zu verhängen. Selbst intelligente Kreise haben an dem Rauben teilgenommen; selbst diese schämten sich nicht, aus den Kaufläden Goldsachen und andere Gegenstände zu entwenden. Verhaftet sind gegenwärtig etwa achthundert Personen.

Einer weiteren Schilderung entnehmen wir die folgenden Zeilen: Zwei Tage tat die Polizei rein gar nichts, um die Menge zu beschwichtigen. Kinder wurden aus den Fenstern geworfen, die Frauen vergewaltigt und ihnen die Brüste abgeschnitten.

Die antisemitische Stimmung hat nach diesen Ereignissen in Kischenew in verschiedenen Städten, wo Juden wohnen dürfen, zugenommen. Ueberall werden ähnliche Massakres erwartet, denn die Behörden unterstützen die Bewegung.

* * *

Ueber die Judenhetze in Kischenew geht der „Times“ aus Kiew eine ausführliche Schilderung zu, in der es heisst: Schon seit längerer Zeit herrscht in Bessarabien und auch in anderen Teilen Südrusslands eine ausserordentliche Erbitterung gegen die Juden. Das jüdische Osterfest begann in diesem Jahre am 12. April. Einige Tage vor diesem Datum verschwand in Dubossari auf unerklärliche Weise der Sohn eines Russen, und es verbreitete sich das Gerücht, dass er von den Juden des Blutes wegen geschlachtet worden sei. Nach mehrtägigem Suchen fand man die Leiche. Der Hass des Volkes gegen die Juden war mittlerweile gewachsen. Die Polizei versuchte vergeblich, die russische Bevölkerung durch die Ankündigung zu beruhigen, dass an dem Körper keine Wunde gefunden worden sei. Darauf schickte man von Odessa drei Aerzte, die, unabhängig von einander, die exhumirte Leiche untersuchten und sämtlich bestätigten, dass kein Blutverlust stattgefunden habe. Unterdessen hatte aber eine Zeitung in Kischenew Hetzartikel gegen die Juden veröffentlicht. Der Vize-Gouverneur von Kischenew, der gleichzeitig Censor ist, wurde auf die Gefahr dieser Artikel aufmerksam gemacht, weigerte sich aber, einzu-

schreiten. Gegen Tagesanbruch am Sonntag Morgens, d. h. etwa zwei oder drei Stunden nach dem Schlusse des langen Mitternachtsgottesdienstes in den russischen Kirchen, begannen Arbeiter aller Art in einer Hauptstrasse jüdische Läden zu erbrechen. Um 8 Uhr Früh hatte der Aufruhr in fast allen Geschäftsstellen der Stadt um sich gegriffen. Die Polizei war offenbar überrascht worden und leistete wenig oder gar keinen Widerstand. In einem Stadtteile setzten sich die Juden zur Wehre, und das hatte zur Folge, dass man nunmehr die Juden und Jüdinnen überall mit Stöcken und Messern anfiel. Gegen Sonntag Abends waren verschiedene Strassen gänzlich zerstört, etwa ein Dutzend Juden erschlagen und nahezu hundert schwer verwundet worden. Während der Nacht trat eine Pause ein, aber am Montag früh Morgens entbrannte der Tumult mit erneuerter Schärfe. An tausend Bauern waren über Nacht in die Stadt gekommen und schlossen sich, mit Mistgabeln und sonstigen Waffen versehen, den Tumultuanten an. Mord und Plünderung waren an der Tagesordnung. Dabei kamen Vergewaltigungen so scheusslicher Art vor, dass eine Beschreibung ausgeschlossen ist. In einem Teile der Stadt hatten sich jüdische Familien in den obersten Stockwerken verkrochen. Die Menge drang ein und warf die Juden von den Fenstern auf die Strasse. Am Montag Nachmittags lief aus Petersburg der telegraphische Befehl ein, den Aufstand, wenn nöthig, mit Gewehr und Bajonnet zu unterdrücken. Sofort wurden verschiedene Stadtteile von Kosaken, Dragonern und anderen Truppen besetzt, und nach einigen in die Luft gefeuerten Salven war der Aufstand zu Ende. Die Saumseligkeit des Gouverneurs und der Polizei wird scharf kritisiert. Die Zahl der getöteten Juden wird auf sechzig bis siebzig angegeben. Etwa 500 sind schwer verletzt. Wie viele Russen getötet oder verwundet wurden, ist noch nicht bekannt. In einem Stadtteile, der hauptsächlich von jüdischen Metzgern und Handwerkern bewohnt war, sollen die Russen bei ihrem Angriffe sehr gelitten haben.

Ein Berichterstatter der „Wjedomosti" schreibt: Was ich sah, spottet der Beschreibung, Tausende jüdischer Familien sind zu Grunde gerichtet, die Zahl der Totgeschlagenen geht in die Dutzende, die der Verwundeten in die Hunderte. Viele Juden haben sich nur dadurch gerettet, dass sie Heiligenbilder in den Fenstern ausstellten. Hauptsächlich sind gerade die ärmsten Elemente geschädigt worden. Viele Familien haben fast nichts übrig behalten, ja, sie blieben sogar ohne Unterkunft, da ihre Wohnungen völlig zertrümmert sind. Im ganzen gab es 37 Tote, alle Juden und alle mit schweren Wunden fast ausschliesslich am Kopfe und Gesicht, die mit stumpfen und schweren Gegenständen, wie Möbelstücken, Knütteln, aber auch Brecheisen und Revolvern, beigebracht worden waren. Im hebräischen Hospitale befinden sich 62 Schwerverwundete, die fast alle Wunden am Kopfe oder am Gesicht aufweisen. Viele sehen völlig entstellt aus. Nasen sind ihnen eingeschlagen, Augen und Zähne ausgeschlagen worden u. s. w. Die Mehrzahl befindet sich in hoffnungslosem Zustande. Einzelne Leichen waren so grässlich zugerichtet worden, dass es nicht gelang, ihre Persönlichkeit zu identifizieren. Auch zwei erschlagene Christen wurden bestattet.

Dem „Berliner Tageblatt" werden noch folgende Einzelheiten berichtet: Die Stadt sieht aus, als sei sie von einem Erdbeben oder einer Feuersbrunst heimgesucht. Ein angesehener dortiger Arzt hat festgestellt, dass an jenen Unglückstagen fünfzig Menschen getötet, hundert schwer, etwa fünfhundert leicht verwundet worden sind. Da von den Verletzten — zum Teile barbarisch Verstümmelten — täglich ein nicht unerheblicher Perzentsatz stirbt, vergrössert sich die Liste der Toten beständig. Ausserdem sind etwa 10.000 Menschen obdachlos und ihrer Subsistenzmittel beraubt. Der ganze Handel und Verkehr ist lahmgelegt. Dass selbst die russische Regierung den Notstand anerkennt — für den sie allerdings selbst die Hauptverantwortlichkeit trägt — beweist die Tatsache, dass sie sowohl dem Kischenewer christlichen Damen-Komitee vom Roten Kreuze wie einem jüdischen Komitee die Erlaubnis zu öffentlichen Sammlungen ertheilt hat. In diesem mit Autorisation der Regierung veröffentlichten Aufruf heisst es: Tausende von Familien aus

den verschiedenen Bevölkerungsklassen, welche aus schwer arbeitenden Handwerkern, ungelernten Arbeitern, Kutschern, kleinen Ladeninhabern und kleinen und grossen Kaufleuten bestehen, sind total ruinirt; ihre Wohnungen sind zertrümmert, ihre Möbel und ihre Wirtschaft, Handwerkzeuge, Kleider und Wäsche geplündert und vernichtet, Geld und Dokumente gestohlen. Etwa 50 Personen sind tot, 85 schwer und etwa 400 weniger schwer verwundet. Viele Frauen sind geschändet.

Die Berichte aus Kischenew weisen weiter darauf hin, in welch grauenvoller Weise die Opfer eines zügellosen und von den Behörden nicht gehemmten Fanatismus ums Leben gekommen sind: „Man braucht nur auf den Friedhof zu gehen und sich die verstümmelten Leichen anzusehen. Hier liegen drei tote Frauen; bei einer ist der Bauch kreuzförmig aufgeschlitzt, bei einer anderen sind Eisennägel in die Nase geschlagen, einer dritten die Brüste ausgeschnitten. Dort liegt ein Gymnasiast mit einer ausgeschnittenen Zunge, noch weiter ein erdrosseltes Kind.“ Zahlreiche Meldungen stimmen darin überein, dass der Pöbel die Kinder aus den oberen Stockwerken auf die Strasse geworfen hat. Die unmittelbare Veranlassung der lokalen Bewegung ist auf die Hetzereien Kruschewan's, des Redakteurs des in Kischenew erscheinenden antisemitischen Blattes „Bessarabetz“, zurückzuführen, der durch eine lügenhafte Ritualmordgeschichte das Volk aufgehetzt hat. Sogar die antisemitischen Zeitungen Russlands rücken jetzt von ihm ab, nachdem die Saat, die sie selbst mitsäen geholfen, so blutig aufgegangen ist.

Religionsbekenntnis der Militärärzte.

Und war der Mann nur sonsten brav und tüchtig,
Ich pflegte eben nicht nach seinem Stammbaum,
Noch seinem Katechismus viel zu fragen, —
Das wird auch anders werden künftighin.
Wallenstein.

„Wird es erst künftighin anders werden“ oder ist es nicht schon anders „geworden“? Zu dieser Frage muss man kommen, wenn man die Ernennungen im militär-ärztlichen Offizierskorps an der Hand des Schematismus für das k. und k. Heer und die k. k. Landwehr während der letzten Jahre betrachtet. Zu den wenigen Berufsarten, die selbst im vormärzlichen Oesterreich dem akademisch gebildeten Juden offen standen, gehörte der Stand der Militärärzte. Nicht nur Oesterreich, auch die österreichischen und ungarischen Juden, die dem Staate dienten, waren — sei es als Offiziere oder Militärärzte — im Lager Radetzky's zu finden. Besonders aber unter den Militärärzten konnte man seit jeher eine relativ grosse Anzahl von Juden finden, bot ihnen doch von den gelehrten Berufen nur die medizinische Fakultät halbwegs Aussicht auf Existenz, da jüdische Juristen und Philosophen weder Lehrer, Advokaten, Notare noch Staatsbeamte werden konnten. Aber auch die ärztliche Praxis war nur in manchen Provinzen möglich, eine akademische Laufbahn ausgeschlossen, so dass eine grosse Anzahl absolvierter jüdischer Mediziner froh sein musste, als Militärärzte angestellt zu werden. Selbst nach 1867, dem denkwürdigen Jahre, in welchem alle Schranken — wenigstens

auf dem Papier — fielen, war von den gelehrten Berufen noch immer der ärztliche Stand der für die Juden verlockendste. Alljährlich wandten sich zahlreiche jüdische Mediziner — und zwar gerade die unbemitteltsten — der militär-ärztlichen Laufbahn zu, erlangten sie doch sofort nebst einer guten gesellschaftlichen Stellung einen relativ angemessenen sicheren Gehalt samt Pensionsanspruch, ohne den harten Konkurrenzkampf aufnehmen zu müssen. So war es bis vor nicht langer Zeit. Betrachten wir nun die Verhältnisse der aktiven Militärärzte an der Hand des Schematismus für das k. und k. Heer pro 1903, pag. 1091—1105. Als Anhaltspunkte konnten wir allerdings nur die Namen heranziehen. Den neutralen Namen gegenüber, in deren Träger wir keine Juden zu sehen glaubten, dürfte sich auf der anderen Seite wohl eine gleiche Anzahl nicht ersichtlicher Konvertiten befinden, die wir ausser Betracht zu lassen haben. Keinesfalls dürfte in der perzentuellen Endziffer ein nennenswerter Unterschied gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen zu konstatieren sein, die wir mangels einer Einsicht in die Grundbuchsblätter nicht genau feststellen können. Die Ermittlung der Namen war bei den aktiven Militärärzten im Heere möglich, weil die grosse Anzahl magyarisierter jüdischer Namen hier nicht in Frage kommt, wie es bei den Honveds der Fall ist, denen der allergrösste Teil der aktiv dienenden ungarischen Militärärzte jüdischer Konfession angehört. Auch bei den nichtaktiven Aerzten im Heere wäre eine Ermittlung der Konfession aus den Namen wegen der grossen Anzahl magyarisierter Namen unmöglich.

Unter den 1152 aktiven Militärärzten des Heeres befinden sich nach unserer Aufstellung zirka 232 Juden = 20%, eine Ziffer, die keinesfalls grösser als der perzentuelle Anteil der Juden an der allgemeinen Aerzteziffer in Oesterreich und Ungarn ist. Aus dieser Zahl allein ist jedoch nichts ersichtlich, sondern nur aus der Gruppierung. Unter den 6 Generalstabsärzten befindet sich kein Jude. Unter den 117 Oberstabsärzten 10 Juden = 9%, unter 131 Stabsärzten 46 Juden = 35%, unter 897 Regimentsärzten 172 Juden = 24%, unter 170 Oberärzten 10 Juden = 6%. Während also kein Jude in die oberste ärztliche Charge aufgerückt ist, und bei den 46 Oberstabsärzten I. Kl. nur mehr 4 Juden, unter den 71 Oberstabsärzten II. Kl. 6 Juden sich befinden dürften, wird die allgemeine perzentuelle Durchschnittsziffer jüdischer Aerzte nur bei den Stabsärzten (35%) stark überholt, während die Anzahl jüdischer Aerzte unter den Regimentsärzten dem allgemeinen Durchschnittsperzent so ziemlich nahe kommt. Hingegen sinkt bei den seit 1. Oktober 1898 ernannten Aerzten (Oberärzten) der Perzentsatz der Juden fast auf die Minimalziffer (14 unter 226). Fasst man aber selbst den relativ grösseren jüdischen Perzentsatz in der quantitativ massgebenden Charge der Regimentsärzte näher ins Auge, indem man diese in 3 Drittel

teilt, so befinden sich unter 728 Regimentsärzten im ersten Drittel 70, im zweiten Drittel 68, hingegen im dritten und jüngsten Drittel nur mehr 34 Juden!

Aehnlich sind die Verhältnisse in der k. k. Landwehr. Unter den 173 aktiven Militärärzten befindet sich allerdings ein weit grösserer Durchschnittsperzentsatz Juden, und zwar 32%. Aber auch hier ist unter den 3 Oberstabsärzten I. Kl. kein Jude, unter den 6 Oberstabsärzten II. Kl. 1 Jude, unter den 16 Stabsärzten 4 Juden, unter den 111 Regimentsärzten sogar 47 Juden, hingegen unter den seit 1. Februar 1900 ernannten 37 Oberärzten wohl nur mehr 4 Juden. Also auch hier kann konstatiert werden, dass in den letzten 3 bis 4 Jahren die Ernennung jüdischer Aerzte rapid abgenommen hat.

Was die Verhältnisse in der Kriegsmarine anbelangt, so scheinen dem Namen nach unter den 59 Aerzten 4 Juden sich zu befinden. Soweit uns bekannt, war die Anzahl jüdischer Militärärzte in der Marine seit jeher höchst gering und wurde stets mit antisemitischen Tendenzen motiviert.

Aus den vorstehenden Ziffern allein kann der Statistiker allerdings noch keinen positiven Rückschluss auf eine antisemitische Strömung ziehen, aber Zahlen haben nun einmal, wie der Soziologe Max Weber sagt, einen „unglaublichen statistischen Eigensinn", und die angegebenen Verhältnisziffern müssen im Zusammenhang mit den Zeitperioden sicherlich sehr auffallen. Pflichtgemäss wollen wir nun untersuchen, ob nicht auch zufällige Momente oder allgemeine Gründe hier in Frage kommen. Zufällige Momente sind wohl so ziemlich ausgeschlossen, was aber die allgemeinen Gründe anbelangt, so muss allerdings konstatiert werden, dass die grosse Anzahl jüdischer Mediziner infolge der traurigen Erwerbsverhältnisse des Aerztestandes an und für sich zurückgegangen ist, obwohl man dies bei den zu nichtaktiven Militärärzten ernannten Einjährig-Freiwilligen-Medizinern bis in die allerletzte Zeit noch immer nicht bemerken kann. Da aber gerade die Unbemitteltsten unter den jüdischen Medizinern — im Gegensatz zu den christlichen — als Militärärzte eintraten, während heute die unbemittelten Schichten vom Studium der Medizin abgeschreckt sein dürften, so könnte vielleicht hierin ein Grund zum Teil gefunden werden. Andererseits dürfte auch die Annahme berechtigt sein, dass die jüdischen Mediziner, welche bekanntermassen strebsamer und fleissiger studieren, wie ihre christlichen Kollegen, gerade heute durch die widerwärtigen Verhältnisse gestählter werden und den harten Konkurrenzkampf um den Preis grösserer beruflicher Ausbildung noch immer vorziehen, als sich innerhalb des beschränkten militärischen Wirkungskreises die Flügel lähmen zu lassen. Möglich, dass diese Erklärungsgründe einiges für sich haben, immerhin müssen wir in der rapiden Abnahme bei der Ernennung jüdischer Militärärzte eine auffallende

Tatsache erblicken, die, wie so vieles andere, mit antisemitischen Tendenzen in Zusammenhang sein dürfte. Eine direkte Nachweisung solcher Tendenzen ist schon höchst schwierig, wenn zu dem ebenso beliebten wie beleidigenden Auskunftsmittel der „Berücksichtigung nach dem allgemeinen perzentuellen Bevölkerungsanteil der Juden“ gegriffen wird, oder wenn man darauf hinweist, „dass sich keine Juden gemeldet haben“. Wie man es einige Zeit einzurichten hat, damit sich eben „keine Juden melden“, ist ja kein Geheimnis. Am allerschwierigsten ist aber die Nachweisung tendenziöser Praxis, wenn — wie es bei den Militärärzten der Fall ist — noch immer eine weit grössere Anzahl Juden wie in anderen Berufen tatsächlich vorhanden ist. Auf alle Fälle ist der geringe Perzentsatz in den obersten und jüngsten militär-ärztlichen Chargen höchst auffallend, noch mehr die Tatsache, dass fast nur mehr christliche Aerzte zu Spitalskommandanten ernannt oder aussertourlich befördert werden.

XVIII. ordentliche Generalversammlung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“.

Samstag den 25. April fand in Khuner's Restaurant unter dem Vorsitze des Präsidenten Maximilian Paul-Schiff die zahlreich besuchte 18. ordentliche Generalversammlung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ statt. Zu Beginn derselben hielt der Präsident dem dahingeschiedenen Professor Moritz Lazarus folgenden Nachruf:

„Geehrte Versammlung!

Am 14. April hat einer der glänzendsten Vertreter des Judentums in der Wissenschaft, Moritz Lazarus, zu Meran hochbetagt die Augen geschlossen. Ich sage: des Judentums in der Wissenschaft, denn die Bedeutung der gewaltigen Lebensarbeit, die Moritz Lazarus vollbrachte, reicht weit hinaus über die Grenzen unserer konfessionellen Gemeinschaft. Sein vielseitiger Geist hat fast alle Gebiete des menschlichen Wissens durchforscht und befruchtet. Der Völkerpsychologie, der vergleichenden Sprachwissenschaft hat er neue Bahnen gewiesen, Ethik und Moral, Geschichte und Kunstgeschichte, Statistik und Sozialwissenschaft danken ihm eine Fülle bedeutsamer Anregungen. Gleich Mendelssohn und Zunz hat er den Beweis erbracht, dass jüdisches Denken und jüdische Weltanschauung ihren nachhaltigen Einfluss auf den Kulturfortschritt der Menschheit geübt haben und dass das Judentum stolz seinen Anteil an diesem Fortschritte reklamieren darf.

Aber als höchsten Ruhm dürfen wir es ihm anrechnen, dass er auf der Höhe seiner Erfolge nie aufgehört hat, Jude zu sein, als Jude zu fühlen und für das Judentum zu kämpfen.

Die Verfolgung seiner Glaubensgenossen reifte in ihm den Entschluss, den sittlichen Kern der jüdischen Lehre in seiner „Ethik des Judentums“ darzustellen. Es erfüllt uns mit Stolz, dass dieses Standard-Work einer Anregung der Wiener israelitischen Kultusgemeinde seine Entstehung verdankt. Leider war es Lazarus nicht beschieden, den zweiten Teil seiner „Ethik“ zu Ende zu bringen. Mitten in der Arbeit und kurz vor deren Vollendung nahm ihm der Tod die Feder aus der Hand.

Der Vorstand der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ hat seiner Trauer über den Heimgang des grossen Denkers in einer telegrafischen Kondolenz an die Witwe und treue Mitarbeiterin Lazarus' Ausdruck gegeben, und ich bitte die geehrte Generalversammlung, auch ihrerseits das Andenken des Dahingeschiedenen durch Erheben von den Sitzen die verdiente Ehre zu erweisen.“

Sekretär Fleischer verlas sodann folgenden Rechenschaftsbericht:

„Geehrte Generalversammlung!

Auch im abgelaufenen Jahre trug unser innerpolitisches Leben dieselben Zeichen krankhaften Verfalles, die wir schon seit Jahren beobachten. Keine unserer bürgerlichen Parteien vermochte den Grundsätzen der Freiheit und Gleichberechtigung grösseres Gewicht einzuräumen, als den nationalen Forderungen. Ja, im Gegenteile, die nationalen Kämpfe haben sich verschärft und ihren zerreibenden Einfluss auch auf solche Kreise geübt, die bisher, wenigstens dem Worte nach, konfessionelle Unterschiede nicht kannten. Der Ausfall der letzten Landtagswahlen in Niederösterreich und die Entsendung eines radikalen Antisemiten aus dem vornehmsten tschechischen Wahlbezirke in den Reichsrat beweisen, dass der Antisemitismus seine werbende Kraft noch nicht eingebüsst hat. Da derselbe unbestritten ein Produkt der nationalen Kämpfe ist, so folgt aus der Verschärfung der nationalen Gegensätze naturgemäss noch immer eine Steigerung des Judenhasses. Es folgt daraus aber auch die Erkenntnis, dass unsere Glaubensgenossen alle Ursache haben, sich von nationalen Agitationen, auf welcher Seite immer, ferne zu halten und nicht selbst noch jenem Brande Nahrung zuzuführen, dessen Flugfeuer die Dächer ihrer eigenen Häuser ergreift. Eine politische Korporation innerhalb der österreichischen Judenschaft kann daher nach wie vor nichts anderes thun, als sich strenge auf der Grenzlinie der Defensive zu halten und auf dem Boden der verfassungsmässigen Rechte ruhig abzuwarten, bis aus dem Chaos unserer inneren Wirrnisse sich neue Parteigruppen wahrhaft freisinnigen Charakters herausbilden. Wann der Zeitpunkt solcher Neubildungen eintreten wird, lässt sich heute kaum noch voraussehen; aber er wird so gewiss kommen, als die Erhaltung Oesterreichs im Lebensinteresse all' seiner Völker gelegen ist.

Die „Oesterreichisch-Israelitische Union“ hat denn auch im verflossenen Jahre die aktive Anteilnahme an politischen Kämpfen strenge vermieden und sich fast ausschliesslich auf die Pflege des Rechtsschutzes und auf die Stärkung des Gemeinsinnes unter der österreichischen Judenschaft beschränkt. Nur ein einzigesmal sind wir aus dieser Reserve gelegentlich der Landtagswahlen durch Veranstaltung einer Wählerversammlung hervorgetreten, weil es sich dabei um eine Koalition aller fortschrittlichen Elemente gegen den offenen Antisemitismus handelte. Der seit Jahren nachdrücklich geübten Verteidigung der Ehre und der Rechte unserer Glaubensgenossen haben wir durch eine Statutenänderung, nach welcher der Verein berufen ist, die „allgemeinen und politischen Rechte der Juden zu wahren und den Angehörigen der jüdischen Konfession zu diesen Rechten zu verhelfen“, eine rechtlich gesicherte Grundlage geschaffen. Die Aufnahme dieser Bestimmung war notwendig, weil von gegnerischer Seite wiederholt der Versuch gemacht worden ist, die Berechtigung der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ zur Gewährung von Rechtshilfe in Frage zu ziehen. Gestützt auf das neue Statut können wir nunmehr, unbekümmert um die gehässigen Anfeindungen unserer Gegner, unserer gemeinnützigen Wirksamkeit obliegen. Rastlos und unermüdlich haben wir diese Tätigkeit geübt und kein Glaubensgenosse, der wegen dieser seiner Eigenschaft in seinen Rechten gekränkt, in seiner Ehre verletzt, in seiner Existenz geschädigt wurde, hat vergeblich an unsere Tür gepocht. Der Effekt dieser Arbeit ist ein erfreulicher nach zwei Richtungen hin: Auf der einen Seite haben wir vielfach bewiesen, dass es doch noch gesetzliche Schranken für die Bosheit gibt, auf der anderen Seite haben wir den Mut und das Gefühl der Rechtssicherheit in unseren eigenen Reihen gekräftigt. Nicht nur in den entlegensten Winkeln unseres Vaterlandes, sondern auch ausserhalb seiner Grenzpfähle, ja selbst jenseits des Ozeans — wir erinnern nur an die Affaire Schulim Schnur — weiss man bereits, dass die „Oesterreichisch-Israelitische Union“ ein Hort des Rechtes, ein Schutz der Schwachen und Hilflosen ist. In unserer Monatsschrift haben wir über die wichtigsten Fälle aus unserem Rechtsschutzbureau fortlaufend berichtet, und wir halten es deshalb auch diesmal für überflüssig, Ihnen einen gesonderten Bericht dieses Bureaux vorzulegen. Wir bemerken nur noch, dass die Zunahme unserer Agenden und insbesondere die Ausdehnung unserer Heimatsrecht-Aktion uns bestimmt hat, die Stelle eines ständigen Rechtskonsulenten zu kreieren, die Herr Dr. Oscar Hein, der auf diesem Gebiete über besondere Erfahrungen verfügt, in bewährter Weise versieht.

Neben dieser Verteidigungsarbeit war es unsere wichtigste Aufgabe, die Organisation unseres Vereines immer weiter auszudehnen und auch in den kleinsten Kultusgemeinden des

Reiches durch das lebendige Wort die Notwendigkeit und Wichtigkeit des Anschlusses aller Glaubensgenossen an unsere Korporation zu verkünden. Unser Bureauleiter hat im abgelaufenen Jahre weitere 39 Wandervorträge abgehalten. Einer Anregung in der vorjährigen Generalversammlung Folge leistend, haben wir die Agitation auch in Galizien und der Bukowina begonnen, wo Sekretär Fleischer in Krakau, Lemberg, Czernowitz, Tarnow, Rzeszow, Przemysl, Jaroslau, Stanislau, Kolomea, Brody, Drohobycz, Stryj, Neusandez, Zloczów, Tarnopol und Jaslo Wanderversammlungen mit sehr erfreulichem Erfolge abhielt, durch welche die Zahl unserer Mitglieder eine erhebliche Vermehrung erfuhr. Wir hoffen, dass die so gewonnenen Freunde im Osten der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“ auch weiterhin treu bleiben werden. Wandervorträge wurden ferner abgehalten in Mährisch-Ostrau, Eibenschitz, Kanitz, Teltsch, Sobêslau, Wittingau, Beneschau, Wlaschim, Unter-Kralowitz, Lobositz, Patzau, Radnitz, Neugedein, Klattau, Kassejowitz, Blatna, Aussig, Selčan, Jechnitz, Lubenz, Chiesch, Melnik und im 16. Wiener Bezirke (Ottakring-Hernals).

Das erfreuliche Wachstum des Vereines veranschaulichen die nachfolgenden Ziffern: Bei der vorjährigen ordentlichen Generalversammlung hatten wir einen Stand von 5690 Mitgliedern, von denen 415 infolge Ablebens, Austrittes u. s. w. abgeschrieben werden mussten. Es verblieben demnach 5275 Mitglieder. Am 31. Dezember 1902 erreichte unser Mitgliederstand die Ziffer von 6328 und am 15. April 1903 die Ziffer von 6812. Wir haben sonach seit der vorjährigen Generalversammlung einen Zuwachs von 1122 Mitgliedern und innerhalb drei Jahren einen Zuwachs von 5700 Mitgliedern zu verzeichnen. Unsere Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen sind von K 5400 im Jahre 1899 auf K 25.300 im Jahre 1902 gestiegen. In unserem vorjährigen Berichte konnten wir feststellen, dass die Zahl der Kultusgemeinden und Ortschaften, in denen wir vertreten waren, sich auf 313 belief. Diese Ziffer hat sich bis 15. April 1903 auf 371 erhöht. Wir zählen gegenwärtig in Wien 2553, in der Provinz 4359 Mitglieder. Das Missverhältnis, welches wir in unserem vorjährigen Berichte zwischen der Mitgliederzahl aus Wien und jener aus der Provinz konstatierten, hat sich allerdings einigermassen zu Gunsten der Wiener Judenschaft verschoben, die Teilnahme und das Interesse unserer Glaubensgenossen in der Reichshauptstadt stehen jedoch noch lange nicht auf der wünschenswerthen Höhe, und wir betrachten es auch nach wie vor als unsere Aufgabe, durch Agitation in Wort und Schrift unausgesetzt dieses Interesse zu beleben. Wir erfüllen eine angenehme Pflicht, indem wir an dieser Stelle den Vertretungen aller oben genannten Kultusgemeinden, in denen unser Delegierter eine ehrenvolle und herzliche Aufnahme erfuhr, unseren innigsten Dank abstatten. Unter den Provinzstädten stehen derzeit Budweis mit 119, Graz mit 103, Prag mit 106, Pilsen mit 136 und Teplitz mit 164 Mitgliedern an erster Stelle.

Wir hatten im Berichtsjahre einen Einlauf von 973 Geschäftsstücken zu verzeichnen, wogegen 1024 ausgingen. Anlässlich unserer Wanderversammlungen haben wir 932 und für die Kalenderedition 6683 somit im ganzen 8639 Briefe versendet. Die laufenden Vereinsagenden wurden in 12 Vorstands- und in 18 Präsidialsitzungen erledigt.

Unsere statutarische Aufgabe, den Sinn für die jüdische Wissenschaft und für die Angelegenheiten des Judentums zu heben, haben wir auch im abgelaufenen Jahre durch eine Reihe von Vorträgen erfüllt. Es sprachen: Am 8. November 1902 und am 5. Februar 1903 Herr Vicepräsident Siegmund Mayer über „Die ökonomische Entstehung und Entwicklung der Wiener Judenschaft“, am 17. Jänner 1903 Herr Dr. Franz Oppenheimcr aus Berlin über: „Der Staatentod im Altertume und die jüdische Nation“, am 11. März 1903 Herr Rabbiner Dr. Max Grunwald aus Hamburg über: „Die moderne Frauenfrage und das Judentum“. Alle diese Vorträge erfreuten sich eines regen Besuches. Ueberdies fand am 18. Oktober 1902 aus Anlass der Landtagswahlen eine von uns veranstaltete Wählerversammlung statt, an welcher mehr als 1000 Personen teilnahmen. In der am 5. Jänner 1903 zum Zwecke der Statutenänderung abgehaltenen ausserordentlichen Generalversammlung wurde eine freie Diskussion über aktuelle jüdische Angelegenheiten eröffnet, bei welcher insbesondere der Gedanke einer Vereinigung aller jüdischen Kräfte zur Förderung der wirtschaftlich bedrängten Schichten des Judentums lebhafte Zustimmung fand.

Die erwähnten Vorträge wurden durch unsere Monatschrift auch dem weiten Kreise unserer Provinzmitglieder vermittelt. Der Vorstand hat der Fortentwicklung des Vereinsorgans, welches ein wertvolles Bindemittel zwischen der Vereinsleitung und den einzelnen Mitgliedern darstellt, sein besonderes Augenmerk gewidmet, und wir dürfen mit Befriedigung konstatieren, dass die Monatschrift den durch sie angestrebten Zweck, das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit und das Interesse für die allgemeinen jüdischen Fragen zu stärken, in wachsendem Masse erfüllt.

Der „Unionkalender“ ist im letzten Jahrgange in wesentlich verbesserter Form erschienen. Der schematische Teil ist vollständig umgearbeitet und durch eine Reihe neuer wichtiger Daten bereichert worden. Obwohl uns hiedurch eine Mehrausgabe von Kronen 974 erwuchs, so haben wir doch ein Reinerträgnis von Kronen 2344.55, somit nur Kronen 306.13 weniger als im Vorjahre erzielt. Allerdings sind auch diesmal mehr als 1000 Exemplare von den Empfängern weder zurückgeschickt noch bezahlt worden.

Der Tod hat uns auch im abgelaufenen Jahre zahlreiche treue Mitglieder entrissen. Wir beklagen den Heimgang der Herren: Rabbiner Dr. Löwy, Philipp Bondi, Moriz Karpeles, Salomon Feldmann, Josef Beck, Dr. Karl Fuchs, David Fröhlich, Jakob Picker, Jakob Weich, Max Kaufmann, Jakob Kohn, Max Böhm, Sigmund Ritter v. Bauer, Sigmund Blatt, Josef Alberti, Simon Rosenberg, Anton Schwarz, J. L. Deiner, Alois Reich, Moses Straschnow, Joachim Bandler, Oberstabsarzt Dr. Jakob Treulich, Sigmund Weiner, Salomon Schwarz, Ignaz Eisler, D. Schwarzmann, Moriz Friedmann, Dr. Heinrich Bloch, Bernhard Duschnitz, Moriz Freyberger, Moriz Schur, Emil Schwarz, Sam. Franz Singer, Adolf Spitzer in Wien, ferner: Anton Fürst in Bisenz, Bernhard Neubauer, Aron Bermann und Nathan Steiner in Tachau, Filipp Färber in Frerau, Adolf Ehrlich in Rokitnitz, Dr. Josef Schwarz und Daniel Leitner in Baden.

Die geehrte Versammlung hat bereits durch Erheben von den Sitzen das Andenken der Verstorbenen geehrt und wir erbitten uns die Ermächtigung, diese Trauerkundgebung dem Protokolle einverleiben zu dürfen.

Es sei uns ferner gestattet, hiemit öffentlich allen Mitarbeitern an unserem gemeinnützigen Werke, namentlich jenen Herren, die in den öffentlichen Vertretungskörpern, ferner als Anwälte, Beiräte und Vertrauensmänner unsere Rechtsschutzarbeit wirksam unterstützt haben, unseren innigsten Dank auszusprechen. Den gleichen Dank zollen wir der jüdischen Presse, insbesondere der „Oesterreichischen Wochenschrift“, der „Neuzeit“ und der „Wahrheit“ für die Förderung unserer Bestrebungen.

Geehrte Herren! Die Erfolge, welche die „Oesterreichisch-Israelitische Union“ bisher erzielt hat, haben uns nicht blind gemacht für die Mängel der Organisation der österreichischen Judenschaft. Wir sind uns bewusst, dass wir nur eine suppletorische, vorbereitende Arbeit für eine legale Organisation leisten, die früher oder später im Wege einer sämmtliche österreichische Kultusgemeinden umfassenden gemeinsamen Verfassung geschaffen werden muss. Eine nach oben und unten mit autoritativen Befugnissen ausgestattete Repräsentanz der ganzen österreichischen Judenschaft — das ist das Ziel, welchem wir unablässig zustreben. Nur auf diesem Wege allein kann jene Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte unter unseren österreichischen Glaubensgenossen durchgesetzt werden, die erforderlich ist, um unseren Anspruch auf volle Gleichberechtigung zur Geltung zu bringen und jeden wie immer gearteten Angriff auf unsere Stellung als freie Staatsbürger erfolgreich zurückzuweisen. Die vielberufene Solidarität der Juden existirt leider nur im Munde unserer Feinde, sie ist noch lange nicht zur Wahrheit geworden. Es muss offen ausgesprochen werden, dass die politische Schulung und Reife unserer Glaubensgenossen noch vielfach gehemmt wird durch eine beklagenswerte Engherzigkeit

und Gleichgiltigkeit in unseren eigenen Reihen. Dieses innere Hemmnis einer Einigung durch unermüdliche Aufklärung zu beseitigen, ist unsere vornehmste, wenn auch schwierigste Aufgabe. Noch müssen Tausende und Abertausende, die abseits stehen, für unsere Bestrebungen gewonnen werden und jeder Einzelne, der sich uns bereits angeschlossen hat, muss selbst wieder zum Apostel werden und in seinem engeren Kreise immer wieder mit ungeschwächter Begeisterung den Gedanken verkünden: „Kämpfen wir für unsere Rechte, damit wir sie ungeschmälert unseren Kindern und Kindeskindern überliefern können.“ (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Dem Kassaberichte, den Herr Albert Winterberg erstattete, entnehmen wir, dass die Einnahmen im Jahre 1902 Kronen 41.331·56 und die Ausgaben Kronen 39.304·79 betrugen. An die Verlesung des Rechenschaftsberichtes knüpfte sich eine kurze Diskussion, an welcher sich die Herren Schick, Rosenzweig, Ehrlich, Dr. Bloch, Dr. Zins, Hofbauer und Salomon Beer beteiligten. In derselben wurde eine Reihe wertvoller Anregungen für die Ausgestaltung der Vereinsorganisation gegeben. Auf eine Anfrage Dr. Bloch's erklärte Sekretär Fleischer, dass das Rechtsschutzbureau sich mit den Judenplünderungen in Uhnow bereits befasse. Ueber Antrag des Herrn Schick wurde dem Vereinsvorstande für seine erspriessliche Wirksamkeit die einstimmige Anerkennung votiert und der Jahresbericht zur Kenntnis genommen.

Nachdem der Präsident den zurücktretenden Vorstandsmitgliedern Dr. Meitner, Rosenbaum und Winterberg unter allgemeinem Beifalle seinen wärmsten Dank ausgesprochen hatte, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Wiedergewählt wurden die Herren: kais. Rat Wilhelm Anninger, Professor Dr. S. Ehrmann, Julius Granichstädten, Jakob Jaiteles, B. Kanitz, Siegmund Mayer und Maximilian Paul-Schiff. Neugewählt die Herren: Emanuel Kauders, Dr. Heinrich Schreiber und Richard Teweles. Herr Salomon Beer, welcher eine ansehnliche Minorität auf sich vereinigte, wurde ersucht, als Beirat zu fungieren. Zu Revisoren wurden die Herren Winterberg und Fuchs bestellt. Der Jahresbeitrag pro 1904 wurde mit 4 Kronen fixiert.

Protokoll der Sitzung

des Vorstandes und des Beirates der Oesterreichisch-Israelitischen Union am 11. Mai 1903.

Vorsitzender: Präsident Paul-Schiff.

Anwesend: Die Vize-Präsidenten Prof. Ehrmann und Siegmund Mayer; die Vorstandsmitglieder Kanitz, Jaitteles, Granichstädten, Dr. Schreiber, Teweles, Kauders; die Beiräte Dr. Zins, Doctor

Spitzer, Rosenbaum, Dr. Bloch, Fuchs, Dr. Hein, Dr. Elias, Neustadtl, v. Goldschmidt, Beer.

Der Vorsitzende begrüsst die im neuen Vereinsjahr zum erstenmale vereinigten Herren des Vorstandes und des Beirates und gibt der Erwartung Ausdruck, dass die neugewählten Vorstandsmitglieder im Dienste der gemeinnützigen Sache und in Eintracht mit den anderen Collegen erfolgreich zusammenwirken werden. Gleichzeitig bittet er die Mitglieder des Beirates, auch fernerhin dem Vorstande mit ihrem erfahrenen und schätzbaren Rat zur Seite stehen zu wollen.

Infolge einer die Institution des Beirates betreffenden Anfrage bemerkt der Vorsitzende erneuert, dass der Beirat eine in den Statuten nicht vorgesehene, fakultativ vom Präsidium berufene Institution sei und lediglich konsultativen Charakter besitze, wie er dies schon bei seinem Amtsantritte vor zwei Jahren klargestellt habe.

Auf der Tagesordnung befindet sich als einziger Gegenstand die in der letzten Generalversammlung angeregte und bereits vom früheren Vorstande wiederholt in Erwägung gezogene Agitation in Wien zum Zwecke einer Vergrösserung der Vereinsorganisation, sowie des Ausbaues der Rechtsschutzaktion. Gemäss den in der letzten Generalversammlung erfolgten Anregungen und entsprechend den Intentionen des Vorstandes empfiehlt es sich, diesen Ausbau bezirksweise vorzunehmen, da die schriftliche Agitation vermutlich in Folge des verzweigten Wiener Vereinslebens und des im Allgemeinen geringeren Interesses der Wiener Glaubensgenossen völlig wirkungslos geblieben war. Da der Vorstand in seiner letzten Sitzung eine bezirksweise Ausgestaltung zum Beschlusse erhoben hat, so bittet der Vorsitzende die anwesenden Herren, sich zu äussern, welche Form der bezirksweisen Agitation ihnen opportun erscheine, und bemerkt weiters, dass der Vorstand eine Namensliste jener Glaubensgenossen anlegen lasse, von denen in den einzelnen Bezirken eine Tätigkeit im Vereinsinteresse erhofft werden könne.

Bei der hierauf erfolgten Diskussion bemerken die Beiräte Beer und Rosenbaum, dass die Obmänner der vorhandenen 9 Bezirkskommissionen sich wohl am besten eignen würden, die Agitation in die Hand zu nehmen, da ihnen sowohl die Personalkenntnisse als Verhältnisse in den einzelnen Bezirken, nicht minder die Ziele und Wünsche der Vereinsleitung vollkommen bekannt seien.

Vize-Präsident Prof. Ehrmann bemerkt, dass eine offizielle Inanspruchnahme der Bezirkskommissionen für Zwecke eines politischen Vereines vollkommen ausgeschlossen erscheine, da die Bezirkskommissionen Institutionen des Kultusvorstandes seien.

Beirat Rosenbaum erwidert, dass er an eine Inanspruchnahme der Bezirkskommissionen auch nicht gedacht habe, sondern

dass sein Vorschlag sich auf die Vorsitzenden der Bezirkskommissionen als Privatpersonen beziehe, die im Wege privater Besprechungen das ihnen passend Erscheinende fallweise veranlassen mögen. Er betont diesen Standpunkt umsomehr, als in den Bezirkskommissionen alle Richtungen vertreten seien und er schon aus diesem Grunde die Förderung spezieller Vereinszwecke nicht im Auge gehabt habe, mag auch die Rechtsschutzagitation im eminentesten Interesse aller Glaubensgenossen liegen.

Beirat Dr. Zins beantragt, die in den Bezirken zu ernennenden Vertrauensmänner zu Beiräten des Vereines zu ernennen. Dieser Antrag wird nach längerer Debatte abgelehnt, da eine so grosse Anzahl von Beiräten angesichts des konsultativen Charakters dieser Institution nicht opportun erscheine und weil vor Allem die Agitation in den Bezirken durch diese Vertrauensmänner geplant sei.

Der Vorsitzende bemerkt, dass alljährlich zweimal eine Zusammenkunft aller Vertrauensmänner mit dem Vorstande und dem Beirate geplant sei.

Beirat Rosenbaum beantragt, dass der Vorstand eine Direktive anfertigen möge, damit alle aufzufordernden Herren wüssten, welche Organisationsarbeit von ihnen gewünscht werde.

Die Vorstandsmitglieder Dr. Schreiber und Teweles unterstützen diesen Antrag, welchem zufolge einstimmig beschlossen wird, in allernächster Zeit an die Obmänner der Bezirkskommissionen ein ausführliches Schreiben zu richten, worin sie in ihrer Eigenschaft als Glaubensgenossen und Bezirkshonoratioren gebeten werden, im Laufe des Sommers die nötigen Vorarbeiten in Angriff zu nehmen, damit schon mit Beginn der Herbstsaison in den einzelnen Bezirken grössere Versammlungen abgehalten werden können und eine Mitgliederwerbung in grösserem Massstabe erfolgen möge.

Beirat Dr. Bloch stellt noch den Antrag, hinsichtlich der Plünderungen in Uhnów in Galizien ehebaldigst genaue Erhebungen vornehmen zu lassen und beruft sich auf seine in der Generalversammlung diesbezüglich gestellte Anfrage.

Vize-Präsident Siegmund Mayer erwidert, dass er als Obmann des Rechtsschutzbureaus die Erhebungen, wie in allen anderen ähnlichen Fällen, sofort hätte pflegen lassen, wenn man nicht erfahrungsgemäss in Galizien einen anderen Weg befolgen müsste. In mehreren Fällen hätte es sich nämlich gezeigt, dass eine Intervention der Oesterreichisch-Israelitischen Union bei den allbekannten autonomen Verhältnissen in Galizien auch von manchen der dortigen massgebenden Juden nicht unterstüzt, ja vielmehr ungern gesehen wurde. Die Vereinsleitung werde sich zwar dadurch niemals abhalten lassen, überall und jederzeit im Interesse der armen schutzlosen Glaubensgenossen einzugreifen, doch wollte man den eingeforderten Bericht vorerst abwarten, der in ein oder

zwei Tagen eintreffen müsse und worauf Sekretär Fleischer sich sofort nach Uhnów begeben werde.

Mit dem Danke an die versammelten Herren für ihr Erscheinen schliesst der Vorsitzende die Sitzung.

Mitteilungen der „Oesterreichisch-Israelitischen Union“.

An unsere P. T. Vertrauensmänner richten wir die dringende Bitte, die noch ausstehenden Mitgliederbeiträge pro 1903 ehestens einheben und an uns gelangen lassen zu wollen.

* * *

Wandervorträge.

Der Sekretär der „Union“ hat Anfangs Mai seine Wandervorträge in Mähren und Böhmen wieder aufgenommen. Ueber das Ergebnis derselben werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Aus unserem Rechtsschutz- und Abwehr-Bureau.

Judenplünderungen in Uhnow.

Am 23. April d. J. fanden in Uhnow blutige Ausschreitungen gegen die Juden statt. Um 4 Uhr Früh war in dem Hause des Kürschnermeisters Kritjak Feuer ausgebrochen. Infolge des Verdachtes, dass die Juden den Brand gelegt hätten, sammelten sich schon eine Stunde später an 300 Bauern an, die nach kurzer Beratung beschlossen, sämmtliche Judenhäuser zu zerstören und die Juden zu ermorden oder zu vertreiben. Sie schlugen auch sofort bei allen Judenhäusern die Fensterscheiben ein und zerstörten alles im Innern derselben, so dass die Juden flüchten mussten. Die Bauern verfolgten sie und verwundeten ungefähr fünfzig Personen. Die Intervention der Gendarmerie war erfolglos. Gegen 7 Uhr Früh requirierte die Gendarmerie Militärhilfe aus Rawa Ruska. Eine Jägerkompagnie trat gegen 10 Uhr mit einem Separatzuge an.

Die Juden wurden beschuldigt, das Feuer, das 40 Häuser einäscherte, aus Rache dafür gelegt zu haben, weil ein 16jähriger Judenbursch infolge Ueberredung durch einen christlichen Bürger sich taufen liess. Andere behaupten, dass das Feuer tatsächlich durch einen unglücklichen Zufall bei diesem Bürger ausgebrochen sei, bei welchem der getaufte Judenbursche beschäftigt war. Verhaftet wurden drei Juden, die verwundet sind, der getaufte Judenbursche und vier Bürger, die die Unruhen hervorgerufen haben sollen. Der Jude Fischel Klein, der beschuldigt

wird, das Feuer gelegt zu haben, wurde angeblich ergriffen und fürchterlich durchgeprügelt.

Bei allen Christenhäusern blieben die Fenster unversehrt. Auf dem Ringplatze wurden von Exzedenten sämmtliche Sachen aus den Judenhäusern auf die Strasse geworfen. Die Jägerabteilung langte post festum an. Die Unruhen dauerten zwei Stunden. Das Feuer ist gelöscht und es herrscht nun Ruhe.

Den Berichten des „Dziennik Polski“ zufolge ist der durchgeprügelte Klein lebensgefährlich verletzt.

Wie Ritualmordmärchen entstehen.

Aus Humpoletz wird uns geschrieben: Der hiesige Kantor Herr Posamentier, der seit 24 Jahren in unserer Gemeinde dieses Amt versieht und sich allseitiger Achtung erfreut, besitzt zwei Söhne, die noch die Mittelschule besuchen und von denen der jüngere infolge eines Körpergebrechens einen Zimmerturnapparat zur Kräftigung seiner Glieder benützte. Am Mittwoch den 22. April d. J. kam nun ein 15jähriges Bauernmädchen, die Tochter des Gemeindevorstehers Dwořak in Bystra bei Humpoletz, zu Herrn Posamentier und bot ihm junge Tauben zum Kaufe an. Sie betrat das Zimmer in dem Augenblicke, als der junge Posamentier an den Ringen des Turnapparates hieng. Schreckerfüllt lief das Mädchen davon und verbreitete in der Stadt das Gerücht, dass beim Kantor ein christlicher Knabe aufgehängt sei, um den sich drei bärtige Juden zu schaffen machten. Auf Anstiften einiger antisemitischer Hetzer erstattete das Mädchen die gerichtliche Anzeige und am Samstag den 25. April d. J. erschien eine Gerichtscommission, bestehend aus dem Gerichtsadjunkten Doktor Valentin, Bürgermeister und Reichsraths - Abgeordneten Bečvar, zwei Gendarmen und mehreren Polizisten, bei Posamentier und nahm eine eingehende Hausdurchsuchung vor. Während derselben sammelten sich Hunderte von Menschen vor dem Hause des Kantors an und nahmen eine drohende Haltung ein. Auch der Gottesdienst in der Synagoge wurde durch Lärmen und Schimpfworte gestört. Die Hausdurchsuchung bei Posamentier währte drei Stunden und die Kommission liess vor den Augen des Mädchens und dessen Vaters den jungen Posamentier turnen, damit sich das Mädchen von dem wahren Sachverhalt überzeuge. Trotzdem blieb sie bei ihrer ursprünglichen Angabe. Im Einvernehmen mit unserem Rechtsschutzbureau wurde gegen Antonie Dwořak die Strafanzeige wegen Verleumdung und falscher Zeugenaussage erstattet und gleichzeitig die Privat-Ehrenbeleidigungsklage angestrengt.

* * *

Aus Hronow wird uns berichtet: Vor den Osterfeiertagen wurde in der hiesigen Gegend das Gerücht kolportiert, dass in dem dem H. Svoreich gehörigen Walde ein Mädchen von unbe-

kannten Männern ermordet worden sei. Da die hiesige Gegend für Ritualmordmärchen ein sehr fruchtbarer Boden ist, wurden die wahnwitzigsten Schauergeschichten erzählt. Von der Sache erfuhr die Gendarmerie, welche sofort dem Gerichte die Anzeige erstattete. Die Gerichtskommission erschien in Hronow, um den Tatbestand aufzunehmen, erfuhr aber, dass an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sei.

* * *

In unserer Nummer vom November 1902 haben wir bereits mitgeteilt, dass das k. k. Landesgericht in Troppau die Dienstmagd Maria Hanel, die gegen ihren Dienstgeber Leopold Adler in Jägerndorf die verleumderische Beschuldigung erhoben hatte, dass er durch Schnittwunden an den Füssen ihr Blut abzuzapfen versuchte, wegen falscher Zeugenaussage und Verbreitung beunruhigender Gerüchte zu vier Monaten Kerkers verurtheilt hat. Der alldeutsche Abgeordnete Franko Stein hat vor einiger Zeit eine diesbezügliche Interpellation an den Ministerpräsidenten eingebracht, in der offenbaren Absicht, den lügnerischen Angaben der Maria Hanel weitere Verbreitung zu verschaffen. Diese Absicht ist in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. April d. J. durch die Beantwortung der Interpellation seitens des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber durchkreuzt worden. Der Minister gab bekannt, dass aus Anlass dieser Beschuldigung eine eingehende und umfassende Untersuchung stattgefunden hat, welche ergab, dass die Beschuldigung jeder Grundlage entbehrte. Marie Hanel, welche sich anlässlich ihrer wiederholten Einvernehmungen fortwährend in Widersprüche verwickelte und deren Aussage auch mit den Angaben ihrer Mitbediensteten in keiner Weise übereinstimmte, wies zwar an den Fusssohlen verschiedene Verletzungen auf, aus denen aber nach Aussage der Sachverständigen höchstens einige Tropfen Blut geflossen sein können, so dass die Verletzungen zu einer Blutentnahme ganz ungeeignet waren. Ueberdies sei es ausgeschlossen, dass die Verletzungen der Marie Hanel von dritter Hand zugefügt worden seien. Die Erhebungen haben auch zweifellos ergeben, dass Marie Hanel sich die Verletzungen selbst beigebracht hat, und zwar wahrscheinlich aus Hass gegen ihren Dienstgeber, der ihr den Dienst gekündigt hatte und dem sie Unannehmlichkeiten bereiten wollte. Gegen Marie Hanel wurde deshalb auch auf Grund des erdrückenden Beweismaterials wegen falscher Zeugenaussage, Verbreitung eines falschen, beunruhigenden Gerüchtes und wegen Ehrenbeleidigung die Anklage erhoben, und sie wurde auch zu vier Monaten Kerkers verurtheilt, welche Strafe die Genannte bereits abbüsst.

* * *

Es ist erfreulich, dass nunmehr die antisemitische Hetzpresse selbst dazu beiträgt, den Blutaberglauben lächerlich zu machen. Im „Deutschen Volksblatt“ von 25. April d. J. finden wir folgende Notiz:

„Der bei dem jüdischen Schuhmacher Lazar Löwinger, Währingergürtel 124, bedienstet gewesene Schuhmachergehilfe Josef Schwarz erlitt vor etwa acht Tagen während der Arbeit einen Schlaganfall. Er wurde von der Freiwilligen Rettungsgesellschaft in das Allgemeine Krankenhaus gebracht, wo er starb. In der Nachbarschaft des Juden Löwinger verbreitete sich deshalb das Gerücht, dass Schwarz das Opfer eines Ritualmordes geworden sei.“

* * *

Aus Neu-Sandez wird uns unterm 17. April berichtet: Am 21. März d. J. erstattete die zu Reycze gebürtige 17jährige Magd Aniela Sporek, welche beim jüdischen Schänker Isak Feldschreiber bedienstet war, bei der hiesigen Polizeibehörde die Anzeige, dass deren Dienstgeber Isak Feldschreiber sie an diesem Tage — an einem Samstage — in den Keller gelockt habe und mit einem grossen Küchenmesser hatte abschlachten wollen. Sie deponierte bei der Polizei zugleich das Messer, dessen spitze Klinge 31 Centimeter in der Länge und 4 Centimeter in der Breite misst. Die Magd gab an, dass Feldschreiber dieses Messer in der Hand hatte, als er in den Keller kam. Die Polizei, überzeugt von der Haltlosigkeit der Anzeige, trat dieselbe unter Beischluss des Messers der Staatsanwaltschaft mit dem Ersuchen ab, gegen die Magd Aniela Sporek wegen Verbreitung falscher beunruhigender Gerüchte die Untersuchung einzuleiten.

Die Entführung ins Kloster.

Im Frühjahr vorigen Jahres rief das Verschwinden eines Judenmädchens, Rosalia Frostig, aus dem galizischen Städtchen Rozanka Aufsehen hervor, zumal man erfuhr, dass die Genannte in einem Krakauer Nonnenkloster getauft wurde. Schliesslich wurde ermittelt, dass das Mädchen am 12. Mai v. J. gegen Mitternacht mittelst eines ausserhalb des Ortes bereitgestandenen Wagens nach Lemberg gefahren war, dass der 23jährige Müllerssohn Josef Feuerle den Wagen zur Verfügung gestellt, das Mädchen begleitet und sich in Lemberg als Gatte, das Mädchen als seine Gattin gemeldet habe. Er brachte sie zuerst zu seinen Verwandten und dann ins Krakauer Kloster, wo sie unter dem Namen Angela getauft wurde. Auf Grund dieses Tatbestandes erhob die Lemberger Staatsanwaltschaft gegen Feuerle die Anklage wegen Entführung. Der Angeklagte gab an, er habe nicht gewusst, dass das Mädchen ohne Einwilligung abreisen und ihren Glauben wechseln wollte; erst während der Fahrt

habe ihm das Mädchen erzählt, dass es zum Uebertritt zum Christentum fest entschlossen sei und dass die Eltern dies nie erlauben werden; nur um ihr den Glaubenswechsel zu ermöglichen, habe er sie begleitet und die Kosten der Fahrt, des Unterhaltes u. s. w. für sie bestritten. Das Lemberger Landesgericht fand Feuerle blos der Falschmeldung schuldig und verurteilte ihn hiefür zu drei Tagen Arrest, sprach ihn aber von der Entführung frei, da er ursprünglich nicht wusste, dass die Abreise gegen den Willen der Eltern erfolge, das nachträglich Geschehene aber nicht in Betracht kommen kann, weil die 19jährige Rosalia Frostig zum Glaubenswechsel gesetzlich berechtigt war, er ihr also nur zur Ausübung eines Rechtes und nicht zu etwas Ungesetzlichem Beihilfe leistete. Gegen das Urteil brachte die Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde ein, die unlängst vor dem Kassationshofe unter Vorsitz des Hofrates Kossovic vom Hofrat R. v. Girtler vertreten wurde. R. v. Girtler bezeichnete den Freispruch als aufliegenden Rechtsirrtum, denn wenn auch vielleicht der Angeklagte bei der Beistellung des Wagens noch nicht Kenntnis gehabt haben sollte, dass es sich um eine mitternächtliche Flucht der Tochter gegen den Willen der Eltern handle, so habe er dies ja seinem eigenen Geständnis nach während der Fahrt erfahren und dennoch dazu beigetragen, dass die Tochter dem Machtbereich der Eltern entzogen werde — hierin liege aber das Verbrechen der Entführung. Um die Forschungen der Eltern zu vereiteln, habe er gemeinsam mit dem Mädchen ein Zimmer gemietet und sich als Gatten gemeldet. Das freisprechende Urteil sei daher aufzuheben und in der Sache selbst sofort mit der Verurteilung vorzugehen. Entgegen den Ausführungen des Verteidigers Dr. Ritter von Orlowski gab der Kassationshof der Beschwerde Folge, hob den freisprechenden Teil des Urteils als rechtsirrtümlich auf und erkannte, Feuerle sei auch der Entführung schuldig und werde zu einem Monat schweren Kerkers, verschärft durch zwei Fasttage, verurteilt. Die Begründung schloss sich vollkommen den Ausführungen der Generalprokuratur an.

Eine wichtige Entscheidung.

Im Februar—März-Hefte unserer „Monatschrift" haben wir auf Seite 14—16 eine wichtige Entscheidung des k. k. Bezirksgerichtes Kgl. Weinberge publiciert, durch welche der behördliche Charakter der israelitischen Kultusvorstände gerichtlich anerkannt wurde. Bei der Veröffentlichung dieser Entscheidung war es uns selbstverständlich nur um das darin festgestellte Prinzip zu tun. Wir erfüllen daher gerne den Wunsch des Herrn Julius Pick, gegen welchen das erwähnte Urteil gerichtet war, und konstatieren hiemit, dass Herr Julius Pick seitens der Berufungsinstanz, d. i. des Prager Landes- als Strafgerichtes, am 5. Februar d. J. freigesprochen wurde und dieser Freispruch auch in Rechtskraft erwachsen ist.

Zuschriften aus Mitgliederkreisen.

Geehrte Redaction!

Die im Dezemberheft Ihrer Monatschrift enthaltene Zuschrift des Dr. L. K., welche die von der Wiener Kultusgemeinde eingeforderten hohen Beerdigungstaxen bespricht, kann gewiss auf allseitige Zustimmung im Publikum rechnen. Ich erlaube mir nun mit Heutigem noch auf einen anderen Abusus hinzuweisen, der im Zusammenhang mit dem jüdischen Beerdigungswesen steht. Als ein solcher muss die Praxis bezeichnet werden, welche sich bei manchen Kultusgemeinden eingebürgert hat, woselbst ganz exorbitante Gebühren — oft tausende von Gulden — für die einfache Ueberführung der Leichen von dort verstorbenen fremden Glaubensgenossen in deren Wohngemeinde eingefordert wurden. Die betreffenden Angehörigen dürften sich auch in diesen Fällen nur aus dem Grunde nicht zu Rekriminationen veranlasst gesehen haben, weil ihnen dies in der ersten tiefsten Trauerstimmung widerstrebte und weil sie zu den beliebten entstellten Missdeutungen keinen Anlass geben wollten.

Ich möchte mir nun erlauben, auf den anscheinend nicht bekannten Umstand hinzuweisen, dass keine Kultusgemeinde die ausschliessliche Berechtigung zur Ueberführung der in ihrem Gemeindegebiete verstorbenen Religionsangehörigen besitzt. Die Ueberführung kann von jeder Leichenbestattungsgesellschaft besorgt werden. Sie dürfte bis zur Entfernung von 50 Kilometer je nach der Entfernung Kronen 60.— bis höchstens Kronen 200.— betragen. Auch dort, wo nach den Statuten den betreffenden Gemeinden ein Beerdigungsrecht zusteht, kann höchstens eine den Ueberführungskosten äquivalente Gebühr, also zirka Kronen 200.— in maximum eingefordert werden.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit bemerken, dass leider auch im Tarif der Wiener Kultusgemeinde keine festen Taxen für Ueberführung von Leichen vorgesehen sind. Punkt IX, 9 dieses Tarifes lautet:

„Ueberführung von Leichen aus dem Wiener Gemeindegebiete zur Eisenbahn- oder Dampfschiffahrts-Station in Wien behufs Bestattung ausserhalb Wiens, abgesehen vom Leichenbegängnisse, je nach den Vermögensverhältnissen Kronen 200.— bis Kronen 2000.—.“

Die den Gemeindeorganen in diesem Falle vorbehaltene Einschätzung erscheint mir unangemessen und wenig würdig. Es ist mir auch unverständlich, wie solche Bestimmungen genehmigt werden konnten, da ein Tarif feststehende Sätze und keine direkte Aufforderung zur Willkür enthalten soll. Warum Klassentarife für Ueberführungen nicht ebenso wie für Leichenbegängnisse fixiert wurden, ist nicht einzusehen, auch ist eine Einschätzung um so weniger opportun, als durch diesen Modus bei den Parteien der Verdacht geweckt werden muss, dass von den Angestellten

der Gemeinde diese übergrossen Anforderungen nur zu oft in der Erwartung gestellt werden, dass der Leidtragende bei solch' traurigen Gelegenheiten schwerlich in der Stimmung sein dürfte, zu remonstrieren.

Am allerungerechtfertigtsten jedoch erscheint eine Einhebung spezieller Ueberführungsgebühren im Falle eines Leichenbegängnisses und der diesbezüglich entrichteten Gebühren, da es doch ganz einerlei ist, ob die Leiche zum Friedhof oder zu einem Bahnhof gefahren wird.

Einem unserer Bekannten passierte es, dass ihm im Sekretariate der Wiener Kultusgemeinde auf die Frage, was er für die Ueberführung eines verstorbenen Familienmitgliedes zu entrichten habe, die Frage gestellt wurde: „Was können Sie zahlen?"

Man begreift die Entrüstung des also Apostrophierten ob solcher Fragestellung. Nach dem Wortlaute des zitierten Tarifs kann aber der betreffende Gemeindebeamte pflichtgemäss nicht anders antworten. Die Wiener Kultusgemeinde sollte doch sowohl im Interesse der Reputation ihrer selbst wie jener ihrer Angestellten sich veranlasst finden, hier eine Remedur eintreten zu lassen und mit einem System zu brechen, das, — möge es welch' humanitären Zwecken immer zugute kommen oder mit Rücksicht auf die zahlreichen Gratisbeerdigungen erfolgen — keineswegs dem Sinn und der Würde unserer Religion entspricht.

Da dem grossen Publikum diese Tatsachen anscheinend nicht bekannt sind und diese übertriebenen Forderungen nur aus diesem Grunde entstehen können, so glaube ich mit diesen Zeilen die Verhältnisse im allgemeinen Interesse klargestellt zu haben und erlaube mir deshalb um Veröffentlichung in Ihrer Monatschrift zu ersuchen.

Hochachtend F. W.

Korrespondenzen.

Rom. Anlässlich des Besuches des deutschen Kaisers am italienischen Hofe wurde auch dem Kriegsminister Ottolenghi — der bekanntlich Jude ist — das Grosskreuz des preussischen Roten Adler-Ordens verliehen. Schon anlässlich des vorletzten Besuches des deutschen Kaisers in Rom hatte der der kaiserlichen Suite damals zugeteilte General die Ehre, den Kaiser auf seiner Fahrt zum Vatikan zu begleiten.

War es schon originell, dass ein Jude einen protestantischen Kaiser zum katholischen Papst geleitete, so ist es jedenfalls noch origineller, dass der Kriegsminister und zukünftige Armee-Kommandant des mit Deutschland alliirten Italiens Jude ist, während in Deutschland ein Jude bekanntlich nicht einmal aktiver Lieutenant werden kann.

Generallieutenant Ottolenghi, der früher Erzieher des jetzigen Königs war, ist ein glaubenstreuer Jude und wurde in Turin, woselbst er bis zur Uebernahme des Kriegsportefeuilles als Korps-Kommandant fungirte, am Sabbat oft im Tempel, in seinen Gebetmantel eingehüllt, gesehen.

Wien. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Mai beantwortete Ministerpräsident Dr. v. Koerber die Interpellationen der Abgeordneten Dr. Skedl und Dr. Straucher, betreffend die rumänische Judenfrage, mit einigen glatten diplomatischen Wendungen. Die gemeinsame Regierung, so führte Herr v. Koerber aus, verkenne keineswegs, welch wenig begünstigtes Los den Juden in Rumänien beschieden ist und in welch bedrückter Lage sich dieselben vielfach befinden, indem ihnen in ihrem eigenen Heimatlande häufig die Möglichkeit der Erlangung von Erwerbsquellen unterbunden ist. Die gemeinsame Regierung, welche ihrerseits schon vom humanitären Standpunkte aus eine Verbesserung der Lage der rumänischen Juden lebhaft begrüssen würde, hat sich daher im Laufe der letzten Jahre bereits wiederholt veranlasst gesehen, der befreundeten Bukarester Regierung — soweit es die einem unabhängigen Staate schuldigen Rücksichten zuliessen — in nichtoffizieller Weise eine Besserung des Loses der rumänischen Juden nahezulegen. Eine förmliche diplomatische Aktion würde jedoch rumänischerseits als eine unberufene Einmischung aufgefasst werden. Auch aus dem Berliner Vertrage lasse sich das Recht zu einer diplomatischen Aktion nicht ableiten. Indessen werde sich die gemeinsame Regierung doch nicht abhalten lassen, nach wie vor bei sich darbietender Gelegenheit im freundschaftlichen Verkehre mit der rumänischen Regierung eine günstigere Gestaltung der Lage der rumänischen Juden zu befürworten, und es darf gehofft werden, dass die fortschreitende Entwicklung der Verhältnisse eine Wendung zum Besseren schaffen werde. — Das nennt man trockene Pelzwäsche.

Wien. Einer der übelberüchtigtsten alldeutschen Abgeordneten, der gerichtsordnungsmässig als Denunziant und Verleumder gebrandmarkt wurde, Herr Herzog, hat in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 1. Mai d. J. einen Antrag auf Erlassung von Ausnahmsgesetzen gegen die Juden eingebracht „Allen Personen ohne Unterschied der Konfession, denen väterlicher- oder mütterlicherseits jüdische Abstammung nachgewiesen werden kann, sollen ihres Staatsbürgerrechts verlustig erklärt werden.“ Das ist der Kern des Antrages. Nebenbei soll bestimmt werden, „dass die Juden nur in Ghettos wohnen dürfen. Besitz von mobilem Kapital wird ihnen gestattet, aber Grund und Boden dürfen sie ausser in den Ghettos nicht erwerben. Die Ausübung von Handel und Gewerbe ist ihnen erlaubt, aber sie dürfen keine österreichischen Staatsbürger in ihre Dienste nehmen, dürfen weder Beamte, noch Richter, noch Aerzte, noch Advokaten, noch Schriftsteller sein.“ Wir würden uns mit diesen Delirien eines Deklassierten nicht befassen, wenn es Herrn Herzog nicht gelungen wäre, die erforderliche Anzahl von Abgeordneten zur Unterstützung dieses Antrages aufzubringen, der auch von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei mitunterstützt wurde. Diese Tatsache kennzeichnet zur Genüge das tiefe Niveau, auf welchem auch diese Partei bereits angelangt ist.

Korrespondenz der Redaktion:

An die Herren Hermann Klein in Wien, Alois Byk in Zlabings, Ad. Weiss in Wr.-Neustadt, L. Fuchs in Graz, Leopold Altmann in Lassee: Ihre Dankschreiben wurden von dem Präsidium zur angenehmen Kenntnis genommen.
